



17. August 2018

Ukraine: Razzia im Gottesdienst

Behörden im von Separatisten besetzten Osten gehen weiter „illegale“ christliche Gruppen vor

(Open Doors, Kelkheim) – Am 6. August wurde ein Treffen einer Pfingstgemeinde in der Region Luhansk aufgelöst und einige Gemeindeälteste wurden verhaftet. Seitdem prorussische Aufständische das Gebiet im Osten der Ukraine im März 2014 unter ihre Kontrolle gebracht haben, kam es in mehreren Städten wie Krasnodon, Molodohwardijsk und Stachanow zu Razzien bei Versammlungen christlicher Gemeinschaften.



Symbolbild: Baptistische Kirche in Winnyzja, Ukraine; Quelle: Håkan Henriksson

Beschlagnahme, Verhaftungen und Geldstrafen

Die Pfingstgemeinde in der Großstadt Altschewsk feierte gerade Gottesdienst, als bewaffnete Männer in die Kirche eindrangen und die Besucher zwangen, sich mit dem Gesicht nach unten auf den Boden zu legen. Wie ein Augenzeuge gegenüber dem Nachrichtendienst Forum 18 berichtete, handelte es sich bei den Bewaffneten um Angehörige des Staatssicherheitsministeriums der selbsternannten Volksrepublik Luhansk. Sie beschlagnahmten einen kircheneigenen Computer und verhafteten einige der Gemeindeältesten. Der Pastor und ein führender Mitarbeiter wurden vor Gericht zitiert. Vorherige Razzien führten nicht nur zur Konfiszierung religiöser Literatur, sondern darüber hinaus zu Strafen wie Bußgeldern von bis zu umgerechnet 140 Euro – was in diesem Gebiet

dem Lohn für über sechs Wochen Arbeit entspricht –, 50 Stunden gemeinnütziger Arbeit und zehn Tagen Gefängnis.

Christen werden „zerstörerische Aktivitäten“ vorgeworfen

Im vergangenen Monat verkündete das Staatssicherheitsministerium von Luhansk auf seiner Website das Verbot der „zerstörerischen Aktivitäten der extremistischen religiösen Organisation der Evangeliumschristen-Baptisten-Vereinigung der Ukraine“. Den Christen wurde vorgeworfen, sich der vorschriftsmäßigen Registrierung verweigert zu haben und im Kampf um die Region auf der Seite der ukrainischen Truppen zu stehen. Angesichts einer in diesem Monat verstreichenden Frist zur Neuregistrierung unter einem neuen Religionsgesetz befürchten die Kirchen, dass die Behörden künftig noch stärker gegen sie vorgehen werden. Das Gesetz fordert neben der Registrierung eine Mindestanzahl von 30 erwachsenen, ortsansässigen Mitgliedern für religiöse Gemeinschaften und die Erfassung sämtlicher religiöser Literatur, welche danach ausschließlich von der zugeordneten Gruppe genutzt werden darf. Auch die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats, das sich 1992 vom Moskauer Patriarchat abgespalten hat, ist von den Anfeindungen betroffen; mehrere Kirchen wurden von den prorussischen Separatisten geschlossen.

Quellen: World Watch Monitor, Open Doors